

Demokratiepreis 2007: Pressestimmen

Die Verleihung des „Blätter“-Demokratiepreises an Seymour Hersh am 26. September fand beachtliche Resonanz in Presse, Funk und Fernsehen. Die Reden von Seymour Hersh, Erhard Eppler und Hans Leyendecker erschienen am Tag nach der Preisverleihung in gekürzter Fassung in „Die Zeit“, „Frankfurter Rundschau“ und „Süddeutsche Zeitung“. Interviews mit Seymour Hersh brachten Spiegel.online, die taz, der Tagesspiegel und das Neue Deutschland. Über die Preisverleihung berichteten MDR, RBB und SWR. Und am Freitag, den 28. September, sendete „Kulturzeit“ auf 3sat einen Schwerpunkt zu Seymour Hersh mit Aufnahmen von der Preisverleihung. (Eine Auswahl der Pressestimmen ist auf www.blaetter.de zu finden.) Im Folgenden dokumentieren wir die beiden Rezensionen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Welt“. – D. Red.

Seymour Hersh – Sisyphos der Demokratie

Von Alexander Cammann, „Die Welt“, vom 28. September 2007 (Wortlaut)

Am Pariser Platz in Berlin rüstet man sich für den Ernstfall. Gleich neben dem Brandenburger Tor entsteht hier seit geraumer Zeit eine Art überirdischer Bunker. Er heißt „Botschaft der Vereinigten Staaten“. Eine Botschaft als Bunker: Wer wissen will, wie sich Amerika und die Welt nach dem 11. September 2001 verändert haben, braucht nur auf dieses steinerne Symbol zu schauen. Das Mutterland der Freiheit hat sich eine Trutzburg als architektonische Visitenkarte gewählt, an einem der zentralen öffentlichen Orte Berlins. Schräg gegenüber auf der anderen Seite des Platzes tröstet immerhin der Anblick der egalitären, frei zugänglichen „Starbucks“-Filiale. Zwei Häuser neben dem Rohbau der amerikanischen Vertretung ehrte man am Mittwochabend einen der explosivsten Bunkerbrecher im Kampf gegen die Washingtoner Bunkermentalität. Seymour Hersh, siebzigjährige Reporterlegende des „New Yorker“, nahm in der Akademie der Künste den alle drei Jahre vergebenen und mit 5000 Euro dotierten „Demokratiepreis“ entgegen, den die Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ seit zwanzig Jahren vergibt.

Die gläserne Hülle des Behnisch-Baus konnte dabei wiederum als Symbol erhalten. Denn für Transparenz kämpft der Pulitzer-Preisträger seit vierzig Jahren; die Fassaden der Macht im Weißen Haus, im Pentagon und auf dem Kapitolshügel will er durchsichtig machen. Er war es, der 1969 als erster über Massaker der amerikanischen Truppen im vietnamesischen My Lai berichtete und 2004 über den Folterskandal in Abu Ghraib. US-Präsident Richard Nixon zählte ihn zu den journalistischen „Bastarden“, die „schlimmer als die Kommunisten“ seien. Für Bushs Ex-Berater Richard Perle kommt Seymour Hersh „im amerikanischen Journalismus dem am nächsten, was man einen Terroristen nennt“.

Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt. Das Publikum suchte in diesem „muckraker“ („Dreckaufwähler“) ein anderes Amerika als jenes, das die Bush-Regierung seit 9-11 verkörpert. Erhard Eppler, Theorie-Nestor der Sozialdemokratie, war von der Friedrich-Ebert-Stiftung herübergeeilte, wo er zuvor ermatteten Genossen ebenfalls recht müde den Entwurf zum neuen SPD-Grundsatzprogramm erläutert hatte. Nunmehr wach geworden angesichts der Frage von Krieg oder Frieden, erinnerte der frühere Vordenker der Friedensbewegung an die Risiken, die der Begriff „war on terrorism“ mit sich brächte: Terroristen würden zu Kriegern erklärt, was eine totale Ausweitung der Verbrecherjagd zur Folge hätte. Der andere Laudator, Hans Leyendecker von der „Süddeutschen Zeitung“, sah in Hersh einen „unnaiven Romantiker, der noch an die Wahrheit glaubt“: ein „Sisyphos der Demokratie“, der

die Mächtigen kontrollieren wolle. Die Schwierigkeiten des investigativen Journalismus hierzulande lägen nur zum Teil an grassierenden Einsparungen in Redaktionsetats: Für Rechercheure sei es schwierig, ein Publikum zu finden, das etwas Neues hören wolle.

Der auf sympathische Weise freche Preisträger lieferte in seiner Dankrede eine gute Show. Seine heftige und zugleich unterhaltsame Generalabrechnung mit der Bush-Administration betraf die militärische Taktik im Irak, drohende Iran-Abenteuer, aber vor allem das innere Klima in den Vereinigten Staaten: das Versagen der Medien und jene gegen Kritik immune politischen Führer, die lügen, verfälschen und manipulieren. „Ich lebe und sterbe für Worte“: im unpathetisch vorgebrachten Credo Hershs konnte man die Ursache für die Rastlosigkeit des Rechercheurs erkennen. Im April 2003 hatte Jürgen Habermas, Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, gewohnt zugespitzt verkündet: „Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.“ Wenn dieses Diktum sich als vorschnell erweist, so liegt das nicht zuletzt an amerikanischen Patrioten wie Seymour Hersh.

Der Held

Von Nils Minkmar, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 28. September 2007 (Wortlaut)

Nach all den Laudationes, in denen Seymour Hersh, der große investigative Journalist des „New Yorker“, als moderner Sisypheos und Letzter seiner Art gepriesen wurde, hätte man einen Mann von reptilienhafter Zurückhaltung und altertümlicher Gravitas erwartet, aber nicht diesen schlaksigen, alerten Siebzigjährigen, der die Bühne mit einem einzigen Schritt erklimmt und sich erstmal lustig macht über Hans Leyendecker. Der war in seiner Rede vor lauter Ehrfurcht davor zurückgeschreckt, sich als Kollegen von Hersh zu bezeichnen, woraufhin dieser statt einer Begrüßung des Publikums erst mal den Kopf schüttelte und von der Bühne herab losprustete: „Come on, Hans, of course you're a colleague!“ Es klang wie: Leute, man kann die Ehrfurcht auch übertreiben.

Der Demokratiepreis der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ ist eine schöne und ernste Sache, der Rahmen, die Akademie der Künste, ein würdiger, und der Blick auf das Brandenburger Tor lädt zu großen historischen Analogien ein, aber Hersh zieht die Nervosität des Tagesgeschehens der Feierlichkeit vor. Der Mann, der schon das Massaker von My Lai, Teile von Watergate, die Folter in Abu Ghraib sowie die Pläne der amerikanischen Regierung für einen Krieg gegen Iran aufdeckte, weist etwas unschlüssig auf sein Redemanuskript und kündigt mehrmals an, es nun auch zum Einsatz zu bringen, aber dann fällt ihm eben immer etwas Besseres, Drängenderes ein: „Heute in der UN, haben Sie das mitgekriegt? Alle stürzen sich auf Ahmadineschad. Dabei hat der gar nicht so viel zu entscheiden!“ Die amerikanische Regierung solle sich lieber in der Kunst der Diplomatie üben, statt Kriegspläne auszuhecken. Dann aber beruhigt er sich und kündigt an, er werde jetzt zu lesen beginnen, und zwar an der Stelle, wo geschrieben stehe: „Ladies and Gentlemen“.

Bald aber macht die Vorlage ihrem Namen Ehre und liegt nur so vor ihm herum. Hersh ist ein großer Erzähler und auch auf einer Bühne nicht fehl am Platze. Die schlechte Nachricht sei, dass Bush noch 481 Tage im Amt bleibe; die gute, dass es morgen früh nur noch 480 seien. Bessere Nachrichten habe er leider nicht zu bieten. Dann taucht er ein. Zur Irritation manch eines überzeugten Antiamerikaners ist Hersh ein Freund der amerikanischen Streitkräfte, einer, der die Arbeit der Bundesbehörden und der Geheimdienste seines Landes durchaus zu würdigen weiß. Eindringlich schildert er an Einzelfällen von My Lai bis Abu Ghraib, dass die Soldaten und Polizisten, die unverantwortlicherweise in moralisch verheerende Situationen gebracht wurden, sowohl Täter als auch Opfer sind. Die Mutter eines der Schützen von My Lai, eine Geflügelzüchterin aus einem Kaff in Indiana, hat das auf die herzerreißende Formel gebracht: „Ich habe ihnen einen guten Jungen geschickt. Sie gaben mir einen Mörder zurück.“

Auch die Täter von Abu Ghraib kamen als zerstörte Persönlichkeiten zurück. Viele kappten die Bande zu ihren Familien, tätowierten sich am ganzen Körper, eine lebensnotwendige psychotherapeutische Begleitung für ihren Weg zurück in den Alltag aber gab es nicht. „Da kommt eine Welle von kaputten Veteranen zurück, auf die in den Vereinigten Staaten niemand vorbereitet ist“, mahnt Hersh.

So sehr er für die Professionalität und Sorgfalt der Staatsdiener auf allen Ebenen – vom Soldaten bis zum Spion – etwas übrig hat, so groß ist seine Verachtung gegenüber der amerikanischen Regierung. Er sei kein Psychiater, betont er, darum stehe es ihm nicht zu, eine Diagnose des geistigen Zustands des Präsidenten zu wagen, er werde also nicht behaupten, Bush leide unter Wahnvorstellungen, das sei unzulässig. Zulässig sei aber seine Einschätzung als Journalist und Bürger: „Bush ist durchgeknallt!“

Eine Geschichte, ein Skandal, eine Betrachtung jagt die nächste, Hersh ist mittendrin, man staunt, wie gegenwärtig die Gegenwart sein kann. Irgendwo zwischen Vietnam, Iran und Washington fährt er dann plötzlich wie aus einem Traum auf, lächelt und sagt: „Hey, übrigens danke für den Preis!“

Für die Freiheit der Wissenschaft

Offener Brief an den Präsidenten der FU Berlin, Prof. Dr. Dieter Lenzen, die Berufung Dr. Albert Scharenbergs zum Juniorprofessor betreffend, vom 14. Oktober 2007 (Wortlaut)

Die bundesdeutschen Hochschulen befinden sich seit Jahren in einem neoliberalen Umbau (vgl. ausführlich Heiner Keupp, Unternehmen Universität, in: „Blätter“, 10/2007, S. 1189-1198). Akteure in diesem Prozess sind nicht zuletzt die Präsidialämter der Universitäten, die immer öfter eigenmächtig in die Entscheidungen wissenschaftlicher Fachgremien eingreifen bzw. sich über diese hinwegsetzen. Dabei scheint zuletzt auch die politische Einflussnahme zunehmend offener zu werden. So hat beispielsweise der Präsident der Universität Marburg die Nachfolge des Politikwissenschaftlers Frank Deppe gestrichen – angeblich, weil ihm Deppes politische Ausrichtung nicht behagte und obwohl dessen „Eck-Professur“ und „Forschungsgruppe Europäische Integration“ den Kriterien von „Exzellenz“ und Drittmittelforschung mühelos genügte.

In den letzten Wochen wurde darüber hinaus der Öffentlichkeit über Medienberichte bekannt, dass auch die Berufung des „Blätter“-Redakteurs Dr. Albert Scharenberg zum Juniorprofessor für die Politik Nordamerikas am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität durch das dortige Präsidialamt blockiert wird – und dies offenbar ebenfalls aus politischen Gründen, nämlich der Mitgliedschaft Scharenbergs im Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Um gegen diese – nicht zuletzt die akademischen Freiheit bedrohende – politische Einflussnahme des FU-Präsidenten Prof. Dr. Dieter Lenzen zu protestieren und auf die Weiterreichung der Berufungsliste an den Wissenschaftssenator zu drängen, verfassten Wissenschaftler einen Offenen Brief an den FU-Präsidenten, den mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland, darunter über 110 Professorinnen und Professoren, unterzeichneten und am 15.10. in einer Anzeige im Berliner Tagesspiegel veröffentlichten. (Weitere aktuelle Informationen und Presseberichte zu diesem Fall sowie die vollständige Liste der Unterzeichner auf www.blaetter.de/artikel.php?pr=2680.) – D. Red.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kollege,

Wir wenden uns an Sie in einer insgesamt eher nebensächlichen, in ihrer Symptomatik jedoch bedeutsamen Berufungsangelegenheit, in der Sie sich ohne Not zum Schaden „Ihrer“ Freien Universität und Ihrer viel berufenen „Exzellenz“ verhalten. Oder, wie wir immer noch zu formulieren vorzögen, zu verhalten scheinen. Wir können und wollen noch nicht